

Antrag

des Abgeordneten Dr. Erik Schweickert u. a. FDP/DVP

Zukunft für Innenstadt und Einzelhandel III: Versandhandel und Stadtlogistik

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche Informationen ihr dazu vorliegen, wie hoch das (insbesondere innerstädtische) Verkehrsaufkommen in Baden-Württemberg aufgrund von Paketlieferungen an Privathaushalte ist und inwiefern dies zu Verkehrsproblemen führt;
2. welche Informationen ihr dazu vorliegen, wie hoch das Müllaufkommen für Verpackungsmaterial für Lieferungen durch Onlinehandel in Baden-Württemberg ist;
3. welche Informationen ihr dazu vorliegen, wie hoch die Retourenquote im Online-Versandhandel in Baden-Württemberg ist (insbesondere auch im Vergleich zu anderen Bundesländern) und welcher Anteil der Retouren anschließend nicht mehr dem Verkauf zugeführt werden;
4. wie sie die Forderung bewertet, Retouren von Online-Versandhändlern gebührenpflichtig zu machen, um dadurch einen Anreiz für weniger Retouren zu geben und schädliche Auswirkungen eines hohen Versandaufkommens zu begrenzen;
5. wie sie die Forderung bewertet, Pakete mit einer expliziten Steuern zu belegen („Paketsteuer“), da die Paketversender öffentliche Infrastruktur nutzen und sie dadurch für deren Unterhalt beitragen würden;
6. wie sie Forderungen nach sonstigen spezifischen Abgaben für den Online-Versandhandel bewertet, um diesen stärker zur Finanzierung von öffentlichen Gütern heranzuziehen;
7. inwiefern sie eine Besteuerung von Digitalunternehmen nach dem Ort, an dem ihr Umsatz generiert wird, für notwendig hält (bspw. nach dem Konzept der digitalen Betriebsstätte) oder ob sie durch das vorgesehene Konzept der globalen Unternehmensmindeststeuer dies für nicht mehr notwendig hält;
8. inwiefern sie zu den in den Fragen 4 bis 7 genannten Instrumenten politisch aktiv werden möchte, bspw. durch Bundesratsinitiativen oder sonstige Aktivitäten;
9. welche Auswirkungen es für Unternehmen in Baden-Württemberg hätte, wenn die im Kreislaufwirtschaftsgesetz im Jahr 2020 neu eingeführte „Obhutspflicht“ durch den Erlass entsprechender Verordnungen umgesetzt („scharfgeschaltet“) wird;
10. wie sie die dementsprechende Initiative des Landes Niedersachsen „Entschließung des Bundesrates zur Abfallvermeidung durch Ausgestaltung der Obhutspflicht zur Verhinderung der Vernichtung gebrauchsfähiger Waren“ (Bundesrat-Drucksache 6/22) bewertet und gedenkt dazu abzustimmen;
11. wie sich die Marktüberwachungstätigkeiten der Landesregierung hinsichtlich Produkten, die über den Online-Versandhandel erworben werden können, in den letzten drei Jahren entwickelt haben;
12. in welchem Umfang Testkäufe für Produkte im Online-Versandhandel in den letzten drei Jahren durchgeführt wurden, um deren Marktkonformität überprüfen zu können (bitte Anzahl der Käufe und dafür zur Verfügung stehendes Finanzvolumen angeben);
13. inwiefern die Landesregierung ein „Level Playing Field“ (verstanden als gleichartige Regulierung und gleichartige Durchsetzung von Recht ohne Schlupflöcher und Bevor- und Benachteiligungen sowie mit angemessener Lastenteilung) zwischen „Onlinehandel“ und „Offlinehandel“ als gegeben ansieht oder welche Anpassungen notwendig sind, um dies zu erreichen;
14. inwiefern sie neue Konzepte (bspw. Logistikhubs, autolose Zustellungen, Fahrrad, anbieterübergreifende Zustellungen oder Abholstationen) für (insbesondere innerstädtischen) Lieferverkehr und Paketzustellungen durch Förderungen, Pilotprojekte, Reallabore o.ä. aktuell unterstützt oder ggf. zukünftig unterstützen möchte;
15. welche Möglichkeiten sie sieht, solche neuartigen Lieferkonzepte für die Anbieter verpflichtend vorzuschreiben;

06.04.2022 Dr. Schweickert, Reith, Scheerer, Bonath, Fischer, Haußmann, Heitlinger, Hoher, Dr. Jung, Karrais, Dr. Kern, Trauschel, Weinmann FDP/DVP

Begründung:

Der Online-Versandhandel, insbesondere auch im privaten Konsumbereich, boomt. Die vergangenen zwei Jahre der Corona-Pandemie haben ihm einen weiteren Wachstumsschub beschert. Auch wenn er für die Kunden häufig sehr bequem ist, eine extrem große Auswahl und umfassende Verfügbarkeit anbietet, hat er jedoch auch negative Auswirkungen. Zum einen steht er in direkter Konkurrenz zum stationären Einzelhandel. Damit bedroht er Arbeitsplätze, Steuereinnahmen und auch lebenswerte Innenstädte. Zum anderen hat der Online-Handel jedoch auch negative Auswirkungen auf die Umwelt sowie Verkehr und Logistik.

Der Antrag erkundigt sich daher erst nach den Auswirkungen des boomenden Online-Handels (Fragen 1-3), fragt dann nach der Meinung der Landesregierung zu sich in der politischen Diskussion befindlichen Maßnahmenvorschlägen (Fragen 4-8) und dann nach konkreten (möglichen) Aktivitäten der Landesregierung (Fragen 9-15).

Aus Sicht der Antragssteller wird in diesem Kontext dringend ein ‚Level-Playing-Field‘ benötigt, da der der Wettbewerbsgleichheit zwischen ‚Onlinehandel‘ und ‚Offlinehandel‘ eine entscheidende Rolle zukommt. Dabei ist es nicht politische Aufgabe, ‚gute‘ und ‚schlechte‘ Marktteilnehmer zu definieren, aber es ist politische Aufgabe, alle Anbieter gleich zu regulieren und nicht durch Gesetzeslücken, Durchsetzungsprobleme oder Fehlanreize einzelne Anbieter gegenüber anderen zu bevorzugen.